

Beschlussbuch
zur KDV der SPD Charlottenburg-
Wilmersdorf am 13. Oktober 2023

Inhaltsverzeichnis

Zwischen Flächenbedarfen und Hitzesommern: Wie wir mit Kleingartenflächen in Charlottenburg-Wilmersdorf umgehen wollen	3
Stilllegung und Rückbau des nördlichen Abzweigs Steglitz (ex-A104)	6
Berlin für den Klimaschutz zu einem Nachtzugdrehkreuz entwickeln	6
Verkehrspolitische Rahmenbedingungen für Nachtzüge für den Klimaschutz verbessern	7
Pflegeversicherung reformieren – Armutsrisiko in der Vollpflege verringern	8
Abschaffung der Gebühr der Ausbildung zur/zum Medizinischen Sektions- und Präparationsassistentin/en ...	8
Nach dem Wahldebakel 2023 – Inhaltliche SPD-Arbeit vertiefen.....	8
Das Schloss 19 muss bleiben!	9
Für ein bezahlbares und soziales Berlin: Den Prozess für die Entwicklung eines eigenständigen und starken Profils der SPD Berlin starten!	9
Resolution	9
Keine Gelder an die Hamas	10
Verbot von „Samidoun“ – Kein Platz für Antisemitismus in Berlin	10

Zwischen Flächenbedarfen und Hitzesommern: Wie wir mit Kleingartenflächen in Charlottenburg-Wilmersdorf umgehen wollen

Antrag 1/02/2023

Kleingärten gehören zu Berlin wie Currywurst und Döner. Sie sind aus dem Erscheinungsbild unserer Stadt und ihrem gesellschaftlichen Leben nicht wegzudenken. Seit ihrem historischen Ursprung im 19. Jahrhundert bis heute bieten sie Berliner:innen ohne eigenem Haus mit Garten die Möglichkeit, mitten in der Stadt ein kleines Stück Natur zu genießen und zur Selbstversorgung Lebensmittel anzubauen – auch wenn dies heutzutage nicht mehr immer im Vordergrund steht. Auch die Berliner Sozialdemokratie steht aufgrund der gemeinsamen historischen Wurzeln in der Arbeiter:innenbewegung in einem besonderen Verhältnis zum Kleingartenwesen. In den letzten Jahrzehnten befinden sich Kleingärten jedoch immer mehr im Mittelpunkt verschiedener politischer Spannungsfelder.

Kleingärten bleiben nicht verschont von den Flächenkonflikten der wachsenden Stadt. In den letzten zehn Jahren ist allein Charlottenburg-Wilmersdorf um über 20.000 Einwohner:innen gewachsen. Das führt zu wachsenden an Bedarfen, die irgendwo untergebracht werden müssen: bezahlbarer Wohnraum, Kita- und Schulplätze, Sportflächen, soziale Infrastruktur. In den 1990er und 2000er Jahren wurde in Berlin nicht so behutsam mit Flächen umgegangen, wie wir es uns heute rückblickend gewünscht hätten. Viele Flächen wurde an Private veräußert, viele Flächen wurden an den Bedarfen vorbei mit Luxuseigentum bebaut. Auch viele Kleingartenflächen wurden bebaut. Das verschärft den heutigen Konflikt um die wenigen noch verfügbaren Flächen.

Die Datenerhebung und Prognoseberechnung des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf im Rahmen seines sogenannten Sozialen-Infrastrukturkonzepts (SiKo) bescheinigen: unserem Bezirk mangelt es jetzt und in den kommenden Jahren an allem: Spielplätze, Kitaplätze, Schulplätze, Jugendfreizeiteinrichtungen, Sportanlagen, Flächen für die Volkshochschule, wohnortnahe öffentliche Grünflächen. Für Kleingartenflächen entsteht so ein besonders hoher Druck der Begehrlichkeiten, denn die allermeisten von ihnen sind öffentliche Flächen im Besitz des Landes und lediglich an die Kleingärtner:innen verpachtet. Das macht sie für den Bau öffentlicher sozialer Infrastruktur besonders attraktiv. Denn die Möglichkeiten für öffentliche Belange auf Privatflächen zuzugreifen sind – wenn man nicht gerade eine Bundesstraße oder Bundesautobahn bauen möchte – sehr gering. Deshalb sind viele Kleingartenflächen in unserem Bezirk – insbesondere solche im S-Bahn-Ring und vereinzelte Kolonien und Parzellen, die nicht Teil einer größeren flächendeckenden Kolonie sind – im SiKo als sogenannte Denflächen für den Bau sozialer Infrastruktur ausgewiesen. Auch im Kleingartenentwicklungsplan (KEP) des Land Berlins sind viele dieser Kleingartenflächen als sogenannte langfristige Nutzungsperspektive kategorisiert. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen hat einige dieser Flächen ebenfalls als Wohnungsbaupotenzialflächen ausgewiesen.

Bei allen Flächenbedarfen darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass Kleingärten einen erheblich positiven Effekt auf das Stadtklima haben. In machen Lagen geradezu überlebenswichtig. Schaut man sich den Umweltgerechtigkeitsatlas des Senats an, so weist Charlottenburg-Wilmersdorf auch hier erhebliche Defizite in fast allen Kategorien auf. Hitzebelastung, Luftverschmutzung und die bereits genannte Unterversorgung mit Grünflächen. Die Klimaanpassung der Stadt und Maßnahmen zur besseren Erträglichkeit von Hitzesommern im verdichteten Stadtgebiet werden in den kommenden Jahren zu den zentralen politischen Aufgaben gehören. Verschiedene Forschungsprojekte der TU und FU Berlin dokumentieren den klimatischen Mehrwert von Kleingartenanlagen mittlerweile sehr genau. Der Kühlungseffekt auf die

Umgebung ist noch stärker als bei herkömmlichen Grünflächen, die entsiegelten und niedrig bebauten Flächen dienen als Kaltluftschneisen und die Biodiversität ist in Kleingärten ebenfalls höher als auf jeder anderen innerstädtischen Fläche. Eine pauschale Bebauung aller Kleingartenflächen hätte gravierende Stadtklimatische Folgen.

Wir wollen uns als SPD Charlottenburg-Wilmersdorf diesen Spannungsfeldern stellen. Der bisherige Status-Quo ist für alle Beteiligten unbefriedigend. Der KEP hat die Kleingärten bis 2030 gesichert, was danach geschieht weiß jedoch niemand. In den verschiedenen Konzepten und Plänen von Bezirk und Senat sind viele Kleingartenflächen zwar als Baupotenziale markiert, konkrete langfristige Fahrpläne kommuniziert jedoch niemand. Immer wieder entzünden sich so Nutzungskonflikte um die Bebauung von Kleingartenflächen an Einzelfällen. Der Bezirk zeigt auf den Senat, der Senat zeigt auf den Bezirk. Die Kleingärtner:innen und Bürger:innen sind zurecht frustriert über Planungsunsicherheit, Salami-Taktik und Verantwortungs-Ping-Pong.

Wir möchten einen Versuch unternehmen, eine klare Position zu formulieren. Wir möchten die großen sozialen Infrastrukturbedarfe von Charlottenburg-Wilmersdorf, die klimatischen Realitäten der Hitzesommer und die Frage darum, wem öffentliche Flächen zugutekommen, gemeinsam adressieren. Dabei nehmen wir nicht die isolierte Perspektive einzelner Gruppen ein, sondern sind bemüht um Ausgleich und Klarheit. Weder die Position des pauschalen Schutzes aller Kleingärten, noch die pauschale Position der Bebauung bringen uns weiter.

Wir definieren für uns deshalb folgende Punkte, unter welchen Umständen und Bedingungen wir Kleingartenflächen für eine Bebauung in Betracht ziehen – und unter welchen nicht:

1) Die großen, zusammenhängenden Kleingartenflächen außerhalb des S-Bahn-Rings möchten wir dauerhaft über 2030 hinaus planungsrechtlich sichern. Das betrifft die Flächen in Westend am Spandauer Damm, die Flächen in Charlottenburg-Nord, die Flächen im Grunewald sowie die Flächen im Rheingauviertel und in Schmargendorf an der Forckenbeckstr. Diese Flächen fungieren als wichtige Kaltluftschneisen, die vor allem im Sommer das verdichtete Zentrum unseres Bezirks mit frischer, kühler Luft versorgen und sind daher klimatisch überlebensnotwendig. Eine dauerhafte Sicherung schafft außerdem endlich Planungssicherheit für die Kleingärtner:innen.

2) Kleingartenflächen im S-Bahn-Ring sowie kleinere, räumlich isolierte Kleingartenflächen außerhalb des S-Bahn-Rings möchten wir als Potenzialflächen für den Bau öffentlicher sozialer Infrastruktur und Daseinsvorsorge vorhalten. Die meisten dieser Flächen in unserem Bezirk sind im KEP bereits als Flächen für eine langfristige Nutzungsperspektive eingestuft. Wir schließen jedoch nicht aus, Flächen, die unter diese Beschreibung fallen und aktuell im KEP als zu sichern oder gesichert eingestuft sind, in die Kategorie der langfristigen Nutzungsperspektive zu überführen.

3) Eine Bebauung von Kleingartenflächen durch Private sowie den Verkauf von landeseigenen Kleingartenflächen an Private schließen wir kategorisch aus. Wird eine Kleingartenfläche bebaut, darf dies nur zum Zwecke öffentlicher Infrastruktur und Daseinsvorsorge geschehen. Für uns sind das: Kitas, Schulgebäude, Jugendfreizeiteinrichtungen, Spielplätze, Bibliotheken, Pflegeeinrichtungen, Gebäude der Volkshochschule, Sportanlagen sowie öffentliche Grünflächen. Dabei muss es

immer um die maximal effiziente Nutzung der Fläche gehen, wenn man sich schon für den Schritt einer Kleingartenbebauung entscheidet. Deshalb sind Mehrfachnutzungskonzepte immer dem Bau einer einzelnen Einrichtung vorzuziehen.

4) In besonders verdichteten Bereichen unseres Bezirks, die eine Unterversorgung mit öffentlichen Grünflächen aufweisen, muss offen geprüft werden, ob bestehende Kleingartenflächen für die Umwandlung in eine öffentliche Grünfläche infrage kommen. Das betrifft vor allem das Rheingauviertel und Wilmersdorf. Das gilt auch für Gebiete, in denen eine zusätzliche Verdichtung durch Wohnungsneubau in den kommenden Jahren bereits abzusehen ist – wie beispielsweise den Mierendorffkiez.

5) Wir schließen Wohnungsbau durch landeseigene Wohnungsbaugesellschaften auf Kleingartenflächen wo er zweckmäßig ist nicht aus, setzen ihm aber klare Bedingungen. Der Bau von sozialer Infrastruktur und Daseinsvorsorge hat immer Vorrang. Als Teil eines Mehrfachnutzungskonzepts kann Wohnungsbau mit dem Bau sozialer Infrastruktur kombiniert werden. Eine reine Wohnbebauung von Kleingartenflächen lehnen wir jedoch ab. Entsteht im Rahmen einer Mehrfachnutzung Wohnraum für Studierende, soll dieser nur durch das Studierendenwerk betrieben werden.

6) Bevor Kleingartenflächen für eine Bebauung angetastet werden, müssen vorher alle weiteren geeigneten Flächenpotentiale in der näheren Umgebung auf zeitnahe und ersatzweise Verfügbarkeit geprüft werden. Das beinhaltet vor allem Potenziale landeseigener Flächen, Flächen von landeseigenen Betrieben, Flächen des Bundes oder Gesellschaften des Bundes sowie insbesondere Flächenpotenziale durch den Rückbau der autogerechten Stadt. So fordern wir weiterhin den kompletten Rückbau der A104 bis zur Berliner Straße, die Deckelung der A100 in Charlottenburg und der A111 in Charlotten- burg-Nord sowie eine räumliche Neuordnung des Stadteingang West und Dreieck Funkturms, die neue Flächen für den Bezirk schafft.

7) Eine Bebauung kann niemals den klimatischen Mehrwert einer Kleingartenfläche ersetzen. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass im Falle einer Bebauung dieser negative Effekt zumindest so gut es geht abgedämpft wird. Wenn bebaut wird, dann nur mit Fassadenbegrünung, Dachbegrünung, Photovoltaik- oder Geothermieanlagen, und weiterhin entsiegelten begrünten Flächen, die öffentlich nutzbar sind.

8) Die Nachfrage für Kleingärten überschreitet das Angebot um ein Vielfaches – und das wird sich auf absehbare Zeit auch nicht ändern. Um zu gewährleisten, dass Kleingärten als öffentliches Gut auf öffentlichen Flächen für alle zugänglich bleiben und nicht zu einem exklusiven Privileg werden, sollen hier vom Land die Vorgaben für die Vergabekriterien und die Gemeinnützigkeit geprüft werden. Dazu gehört die Parzellengröße, Laubengröße, Einschränkung der Vererbung von Parzellen, faire und soziale Vergabeverfahren sowie die soziale und offene Ausrichtung gemeinnütziger Projekte. Viele Kleingartenkolonien tun dies bereits und haben innovative Konzepte entwickelt. Diese gilt es hervorzuheben, zu fördern und an ihrem Beispiel auf alle anderen Kolonien auszuweiten.

Antrag 2/02/2023

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Stilllegung und Rückbau des nördlichen Abzweigs Steglitz (ex-A104)

Die Berliner SPD-Abgeordneten in Abgeordnetenhaus und Bundestag sowie die SPD-Mitglieder in Senat und Bundesregierung werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass aufbauend auf den Beschluss des Berliner Landesparteitags (Antrag 302/I/2023) der nördliche Ast der ehemaligen A104 zwischen Mecklenburgische Straße und Konstanzer Straße umgehend stillgelegt wird und perspektivisch zugunsten von sozialen Wohnungsprojekten rückgebaut wird. Für andere bestehende Bauten gleicher Art (bspw. in Steglitz) soll dies gleichfalls geprüft werden, um Stadtraum zurückzugewinnen.

Antrag 3/02/2023

Der Landesparteitag möge beschließen:

Berlin für den Klimaschutz zu einem Nachtzugdrehkreuz entwickeln

Die SPD-Abgeordnetenhausfraktion wird aufgefordert, sich gegen- über dem Senat für die Förderung und Stärkung der Nachtzugangebote als klimafreundliche Alternative zum Fliegen durch folgende sieben Initiativen einzusetzen:

1. Die Nutzung von Nachtzügen für Berliner Dienst- und Geschäftsreisen als Alternative zum Fliegen ist zu fördern. Die Anreisezeit von Verwaltungsmitarbeitern ist als Dienstreisezeit anzuerkennen und die Buchungen von Schlafwagen- abteilen zu erstatten. Innerhalb des europäischen Angebotsradius der Nacht- und ICE - Züge sind Jugend- und Schulkassen- reisen mit der Bahn ein- schließlich der Nutzung von Liegewagen zu fördern und eine Nutzung des Flugzeuges nicht zu bezuschussen.

1. Zur Erweiterung und Unterstützung des Angebots von Nachtzügen ist seitens des Senats an einem Run- der Tisch mit interessierten Eisenbahnverkehrsunternehmen (u.a. ÖBB, SJ, TRENITALIA und PKP-Intercity sowie privater Unter- nehmen), den touristischen Akteuren der Hauptstadtregion, dem Verkehrsverbund Berlin Brandenburg und der IHK ein Netzwerk zu etablieren. In das Netzwerk sind (ggf. unterstützt durch ein EU IN- TERREG – Projekt) interessierte europäische Quell- und Zielregionen des Flugverkehrs von und zum BER sowie die EU-Kommission einbeziehen.

2. Das unübersichtliche Gesamtangebot an Nachtzügen - teilweise über die DB nicht buchbar - ist mit Hilfe des Runden Tisches in der Hauptstadtregion zu kommunizieren mit Hinweisen und Links mit den Buchungsmöglichkeiten. Um- gekehrt soll die Tourismusagentur Berlin in ihrem Portal VisitBerlin über die Nachtzugverbindungen in- formieren, mit denen man klimafreundlich nach Berlin reisen kann.

3. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Studie im Auftrag des Senats „Machbarkeitsuntersuchung: Berlin als Drehkreuz eines europäischen Nachtzugnetzes“ vom 20.05.2022 sind auch Relationen in die Netzwerkarbeit einzubeziehen die erst nach dem Ausbau des Transeuropäischen Netzes

(Brennerbasis-Tunnel, Fehmarnbelt- Tunnel, Rail Baltica) 2030 oder 2040 mit Nachtzügen in attraktiven Zeiten erreicht werden können und wo im Flugverkehr schon heute eine hohe Nachfrage zu beobachten ist (Oslo, Baltikum, Adriaraum, Lyon/Mittelmeerraum).

4. Auf Grundlage der Potenzialanalyse der Studie sind im Berliner Flächennutzungsplan Flächen für die Wartung und das Abstellen von Nachtzügen eines zukünftigen Drehkreuzes zu sichern.

5. Nach dem Vorbild von Prag ist eine Anschubfinanzierung für neue Angebote von Nachtzügen aus Mitteln für den Klimaschutz (z.B. aus dem Sondervermögen Klimaschutz, Resilienz und Transformation) prüfen.

6. Der Senat wird aufgefordert, sich in den Bund-Länder-Gremien (z.B. der Verkehrsministerkonferenz) für eine Senkung der überhöhten deutschen Trassenpreise einzusetzen. Solange die Wettbewerbsverzerrungen zum Flugverkehr (Befreiung von der Kerosin- und Mehrwertsteuer) bestehen, sind als Klimaschutzmaßnahme Nachtzüge von Trassenpreisen zu befreien.

Antrag 4/02/2023

Der Landesparteitag möge beschließen:

der Bundesparteitag möge beschließen:

Verkehrspolitische Rahmenbedingungen für Nachtzüge für den Klimaschutz verbessern

Die SPD-Bundestagsfraktion und die Europaabgeordneten der S&D Fraktion werden aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung und der EU-Kommission dafür einzusetzen, dass Rahmenbedingungen für eine Entwicklung eines klimafreundlichen europäischen Nachtzugnetzes geschaffen werden:

- Die in Deutschland überhöhten Trassenpreise sind zu senken und sollen sich maximal an den Grenzkosten orientieren. Solange die Wettbewerbsverzerrungen zum Flugverkehr fortbestehen (Befreiung von der Kerosin- und Mehrwertsteuer, Nichtberücksichtigung der externen Kosten des Flugverkehrs) sind die Betreiber von Nachtzügen von den Trassenpreisen und internationale Bahnfahrkarten von der Mehrwertsteuer zu befreien.
- Nach dem Vorbild anderer europäischer Staaten (Schweden, Finnland, Polen und Italien) sind Nachtzüge aus Klimaschutzgründen zu subventionieren und ggf. im Wettbewerb auszuschreiben.
- Die Produktion moderner neuer Schlaf- und Liegewagen und der Aufbau eines betreiberneutralen Pools für das Rollmaterial ist von der Europäischen Union und der Bundesregierung zu fördern.
- Der Verkauf des Gesamtangebots von Bahnfahrkarten in Bahnhöfen einschließlich des digitalen Vertriebs aller europäischen Nachtzüge ist betreiberneutral durchzuführen. Nach dem Vorbild der Schweiz ist der Fahrkartenvertrieb nicht von Eisenbahnverkehrsunternehmen, sondern vom neutralen Infrastrukturbetreiber (derzeit DB Netz) zu übernehmen.
- Ziel ist weiterhin eine europaweite Buchungsplattform mit einem Ticket auf die Gesamtstrecke.

- Die Hemmnisse an den Grenzbahnhöfen sind abzubauen. Um grenzüberschreitende Verkehre organisatorisch zu vereinfachen, werden die Fahrplanentwürfe und Bautätigkeiten zunächst in den Transeuropäischen Korridoren der Schiene europaweit koordiniert. Ein einheitlicher EU-Führerschein für Triebfahrzeuge und Englisch wird als einheitliche Sprache für den grenzüberschreitenden Betrieb der Eisenbahn in der Europäischen Union eingeführt, so dass z.B. Lokführer nicht mehr alle Sprache der durchfahrenen Länder beherrschen müssen.

Antrag 5/02/2023

Der Landesparteitag der Berliner SPD möge beschließen:
Der SPD-Bundesparteitag möge beschließen:

Pflegeversicherung reformieren – Armutsrisiko in der Vollpflege verringern

Die SPD-Mitglieder im Bundestag, der Bundesregierung und allen Landesvertretungen werden aufgefordert, sich für eine Reform der Pflegeversicherung einzusetzen. Ziel ist, die Eigenbeteiligung in der Voll-Pflege vom ersten Monat an auf Beträge unter 1500 Euro und maximal 80 Prozent der Nettoeinkünfte zu verringern.

So kann erreicht werden, dass viele pflegebedürftige Menschen zukünftig nicht mehr schon nach wenigen Monaten ihre Rücklagen aufgebraucht haben und in die Sozialhilfe fallen.

Antrag 6/02/2023

Die KDV Charlottenburg-Wilmersdorf möge beschließen:
Der Landesparteitag der Berliner SPD möge beschließen:

Abschaffung der Gebühr der Ausbildung zur/zum Medizinischen Sektions- und Präparationsassistentin/en

Der Landesvorstand soll sich dafür einsetzen, dass die Gebühr der Ausbildung zur/zum Medizinischen Sektions- und Präparationsassistentin/en am Berliner Bildungscampus für Gesundheitsberufe von derzeit 4.800 Euro abgeschafft wird.

Antrag 18/01/2023

Nach dem Wahldebakel 2023 – Inhaltliche SPD-Arbeit vertiefen

Der SPD-Kreisvorstand in Charlottenburg-Wilmersdorf wird aufgefordert, ggf. in Zusammenarbeit mit der SPD-BVV-Fraktion und unseren drei bezirklichen Abgeordneten eine rein politisch inhaltliche Zusammenkunft der KDV CW, die aber auch anderen Mitgliedern unserer Bezirksgliederung offensteht nach dem Vorbild des Debattenkonvents oder ehemals des Debattencamps bis spätestens Ende 2023 zu organisieren.

Auf dieser Kreisveranstaltung sollen bestehende Themen vertieft und neue Themenansätze einer sozialdemokratischen Bezirks- und Landespolitik zusammengetragen und diskutiert werden.

Darüber hinaus sollen auf Landesebene ähnliche Veranstaltungen in anderen Kreisgliederungen angeregt werden, damit die Politik der Berliner SPD auf Bezirks- und Landesebene besser sichtbar wird.

Ini_1/23

Das Schloss 19 muss bleiben!

Mit Betroffenheit haben wir zur Kenntnis genommen, dass der Bezirksstadtrat Wagner eine Kündigung zur Nutzung der bezirklichen Liegenschaft Schloss 19 gegenüber den aktuellen Trägern des Gebäudes, namentlich die Falken, in der Schlossstraße 19 ausgesprochen hat. Weitere Nutzer*innen des Gebäudes sind das Projekt KidsCourage und das Register Charlottenburg-Wilmersdorf.

Wir setzen uns entschieden für den Erhalt der aktuellen Nutzung ein.

Eine Kündigung ist desaströs nicht nur für den Kiez, sondern für den gesamten Bezirk. Das Vorgehen von Stadtrat Wagner verurteilen wir scharf.

Ini_2/23

Der Landesvorstand der SPD Berlin möge beschließen:

Für ein bezahlbares und soziales Berlin: Den Prozess für die Entwicklung eines eigenständigen und starken Profils der SPD Berlin starten!

Der Landesvorstand der SPD Berlin wird aufgefordert, den auf dem Landesparteitag im Mai 2023 angekündigten und einstimmig beschlossenen Visionenprozess zu starten. Dieser soll unter breiter Beteiligung aller Mitglieder des Landesverbands und mit einer zentralen Rolle für stadtpolitische Akteur:innen, wie z.B. Sozialverbände, Gewerkschaften, wissenschaftliche Expertise sowie Vertreter:innen von Bewegungen und Initiativen durchgeführt werden. Ziel ist es, ein starkes und eigenständiges Profil der Berliner SPD unabhängig von den Positionen unserer politischen Mitbewerber:innen und tagespolitischen Debatten zu entwickeln. Die Bürger:innen Berlins verdienen Antworten darauf, welche Vision die Berliner Sozialdemokratie für ihre Stadt hat und wie sie Berlin sozial und bezahlbar gestalten möchte.

Ini_3/23

Resolution

Die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf ist zutiefst geschockt über den terroristischen Überfall der Hamas auf den Staat Israel. Das brutale Vorgehen der terroristischen Organisation Hamas & Hisbollah in den Staat Israel einzudringen, zu bombardieren und Zivilist:innen als Geiseln zu nehmen bzw. hinzurichten verurteilen wir aufs schärfste. Wir sind tiefst beunruhigt über das Wohlergehen der zivilen Bevölkerung in

Israel & Palästina. Die völkerrechtlichen Verletzungen gegen die zivile Bevölkerung muss sofort beendet werden.

Die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Landes- und Bundesregierung auf, das Verbot von Vororganisationen der Hisbollah bzw. Hamas in Berlin bzw. Deutschland zu prüfen. Es braucht gemeinsame Räume zum politischen Diskurs, die jedoch keine Menschen- und Grundrechte verletzen dürfen.

Der terroristische Überfall der Hamas auf Israel stellt eine neue Form der Eskalation dar. Die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf positioniert sich gegen jegliche Form von Hass, Krieg und Gewalt. Krieg und Zerstörung, sowie die Ermordung von Zivilist:innen können kein Grund zu Freude sein. Die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf ist daher erschüttert über die antiisraelischen Demonstrationen in Berlin. Wir unterstützen den konsequenten Kurs der Berliner Versammlungsbehörde und der Polizei Berlin. Hass und Hetze haben auf den Straßen Berlins nichts zu suchen.

Wir stehen solidarisch an der Seite von Israel und insbesondere bezirklichen Partnerstädte Karmiel und Or-Yehuda. Unsere Hoffnung ist ein baldiges Ende dieses furchtbaren Blutvergießens. Die kämpferischen Auseinandersetzungen müssen aufhören und Frieden in der Region hergestellt werden.

Ini_4/23

Keine Gelder an die Hamas

Der Landesparteitag der Berliner SPD möge beschließen:

Der SPD-Bundesparteitag möge beschließen:

Die SPD-Mitglieder in allen Landesparlamenten, im Bundestag sowie in der Bundesregierung werden aufgefordert, die Finanzhilfen für die Palästinensergebiete zu überprüfen und lediglich die Unterstützung ausschließlich humanitärer Projekte zuzulassen. Die Hilfen sollen direkt bei den Menschen in den Palästinensergebieten ankommen und zur Verbesserung ihrer Lebenssituation beitragen. Es muss mit allen Mitteln verhindert werden, dass etwaige Hilfgelder über Umwege für die Unterstützung der Terrororganisation Hamas, für Antisemitismus oder den Kampf gegen die Existenz des Staates Israel verwendet werden.

Ini_5/23

Verbot von „Samidoun“ – Kein Platz für Antisemitismus in Berlin

Die SPD-Mitglieder im Bezirk, im Abgeordnetenhaus, im Bundestag sowie in der Landes- und Bundesregierung werden aufgefordert, alle rechtsstaatlichen Schritte gegen „Samidoun“ zu unternehmen sowie die rechtliche Möglichkeit des Verbotes der Organisation und ihrer Gliederungen zu prüfen. Die SPD in Charlottenburg-Wilmersdorf verurteilt die Aktionen des sogenannten „Palästinensischen

Gefangenensolidaritätsnetzwerks Samidoun“ in Berlin-Neukölln nach den brutalen Angriffen der islamistischen Terrororganisation Hamas auf die Bevölkerung Israels. Antisemitismus hat auf Berlins Straßen keinen Platz.

Begründung:

Die Organisation „Palästinensisches Gefangenensolidaritätsnetzwerk Samidoun“ wird seit Jahren vom Verfassungsschutz als Vorfeldorganisation von terroristischen Organisationen beobachtet.